

Von Baden-Württemberg nach Nordrhein-Westfalen – Und dann?

Studiengebühren für internationale Studierende aus Nicht-EU-Staaten als neues Modell der Haushaltssanierung kommen bundesweit in Mode

agl-Infopapier

Impressum

Herausgeber: agl – Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V.,
Am Sudhaus 2, 12053 Berlin, www.agl-einewelt.de

Erscheinungsdatum: Juli 2017

Von Baden-Württemberg nach Nordrhein-Westfalen – Und dann?

Studiengebühren für internationale Studierende aus Nicht-EU-Staaten als neues Modell der Haushaltssanierung kommen bundesweit in Mode

1) Einleitung

Derzeit scheint es en vogue, ausländische Studierende zur Kasse zu bitten. Baden-Württemberg hat kürzlich ein Gesetz beschlossen, das von Studierenden aus den Nicht-EU-Staaten 3.000 Euro pro Jahr erhebt. Jetzt zieht Nordrhein-Westfalen nach. Im Koalitionsvertrag der neu gewählten Landesregierung findet sich ebenfalls ein Passus, der 3.000 Euro im Jahr für ein Studium von Nicht-EU-Studierenden vorsieht. Es steht zu befürchten, dass sich weitere Länder diesem Trend anschließen.

Im Folgenden wird zunächst beschrieben, wer die Betroffenen dieser Studiengebühren sind, anschließend wird kurz der Ist-Zustand in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen skizziert. Dann werden entwicklungspolitische Argumente gegen Studiengebühren angeführt sowie einige gängige Fehlinformationen, die im öffentlichen Raum kursieren, widerlegt.

2) Wer sind die Betroffenen?

In Baden-Württemberg wie in Nordrhein-Westfalen hat sich die Politik internationale Studierende aus Nicht-EU-Staaten, die für ein Studium nach Deutschland kommen als Zahler*innen von Studiengebühren ausgesucht. Bei den meisten dieser Studierenden handelt es sich um Menschen aus den Ländern des Globalen Südens, deren ökonomische Basis deutlich schlechter ist als diejenige auch von einkommensschwachen Deutschen.

Aus unserer Sicht sind Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger*innen vor allem ein entwicklungspolitisches Thema und deshalb ein Schritt in die falsche Richtung. Es geht um Menschen, die gern in Deutschland studieren möchten und sich bewusst für einen der attraktiven Hochschulstandorte entscheiden.

In Baden-Württemberg beispielsweise betrug laut statistischem Landesamt Baden-Württemberg im Wintersemester 2015/16 die Zahl der Internationalen Studierenden, also derjenigen aus Nicht-EU-Ländern, 33.383. Darunter waren über 18.000 aus den sogenannten Entwicklungsländern, also knapp zwei Drittel¹. Gemeinsam ist diesen Ländern, dass die Durchschnittseinkommen sehr viel

¹ Welche Länder zu den „Entwicklungsländern“ gehören regelt die DAC-Liste der OECD:
(www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Ministerium/ODA/DAC_Laenderliste_Berichtsjahre_2014_2016.pdf)

geringer sind als in Deutschland. In Kolumbien liegt der Mindestlohn bei 310 US\$ im Monat². In vielen afrikanischen Ländern liegt das Durchschnittseinkommen weit darunter.

Diese Studierenden treffen Studiengebühren besonders hart aufgrund des unterschiedlichen Preisniveaus und des Einkommensgefälles zwischen diesen Ländern und Deutschland. Deshalb hinken auch Vergleiche mit Studiengebühren in anderen Ländern, die sich vor allem auf Europa und die USA beziehen und tragen diesem Ungleichgewicht keine Rechnung.

Richtig ist, dass in manchen Ländern zum Teil große Einkommensunterschiede bestehen. Junge Menschen der politischen und wirtschaftlichen Führungseliten können sich sowohl einheimische als auch deutsche Privatuniversitäten leisten. Für sie gilt sicherlich, dass sie ihre Wahl nach ihren Interessen treffen und sich möglicherweise nicht von den vorgesehenen Studiengebühren abschrecken lassen. Wer sie im Blick hat, tut sich leicht mit der Entscheidung, sie an den Kosten eines Studienplatzes zu beteiligen.

Wir wissen jedoch von vielen Studierenden aus den Ländern des Globalen Südens, dass sie sich mühsam eine Finanzierung aus verschiedenen Quellen zusammensuchen, z.B. der folgend zitierte Student:

Ich komme aus Indonesien und studiere zurzeit Wirtschaftsingenieurwesen am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) im 3. Bachelor-Semester. Nach einem verpflichtenden Jahr im Studienkolleg begann ich Oktober 2015 mit meinem Studium und gleichzeitig mit einem Nebenjob, bei dem ich ca. 40 Std. im Monat arbeitete. Seit dem letzten Semester bin ich zusätzlich als studentische Hilfskraft (HiWi) an meiner Uni tätig. Diese Nebentätigkeiten reichen jedoch für meine Lebenshaltungskosten von durchschnittlich 570 € im Monat, meistens nicht aus, vor allem in den Prüfungsperioden, wo ich mich auf meine Klausuren konzentrieren muss und daher weniger arbeiten kann. Darum unterstützen mich meine Eltern soweit möglich. Als Dozent an einer Privatuniversität in Indonesien verdient mein Vater im Monat etwas mehr als 550 €, wovon meine Eltern ca. 400 € für ihren eigenen Lebensunterhalt verwenden. Sie versuchen mir 150 € im Monat zu schicken. Zusätzliche Studiengebühren von 1500 € pro Semester hätten mir ein Studium in Baden-Württemberg unmöglich gemacht.

Eine Studentin aus Bolivien erzählte uns Folgendes:

Ich komme aus einem kleinen Dorf im Südosten Boliviens. Meine Familie ist sehr arm und gehört zu den Indigenen, mein Vater hat vor seiner Rente in den Minen gearbeitet. Er bekommt 230 € im Monat. Meine Mutter ist krank und kann deshalb nicht arbeiten. Deshalb muss das Einkommen meines Vaters für die ganze Familie reichen und ich habe vier Geschwister. Zurzeit bin ich Studentin in Tübingen. Für meinen Lebensunterhalt muss ich arbeiten, wobei ich mindestens 500 € pro Monat benötige. Studiengebühren hätten für mich bedeutet, dass ich hier nicht hätte studieren können.

Die Sozialerhebung „Ausländische Studierende in Deutschland 2012“ des Deutschen Studentenwerks listet die Finanzierungsquellen nach dem Pro-Kopf-Einkommen im Herkunftsland auf (S. 25). Daraus ergibt sich, dass sich internationale Studierende aus ärmeren Ländern zu 34% über ihre Eltern, zu 66% über eigenen Verdienst, zu 16% über ein Stipendium, zu 12% über Ersparnisse, zu 18% über Partner und Verwandte, zu 7% über Bankdarlehen finanzieren. Je besser

² <http://www.visozial.org/kolumbien/>

die Herkunftsländer wirtschaftlich gestellt sind desto höher wird der Anteil aus dem Elternhaus und aus eigenen Ersparnissen und desto mehr Studierende haben Zugang zu einem Stipendium.

Zudem verschulden sich manche internationale Studierende und ihre Familien bereits im Herkunftsland, um die hohen Lebenshaltungskosten aufzubringen. Nur ein Teil der Studierenden hat Zugang zu einem Stipendium. Wer ein Stipendium erhält, hat manchmal das Problem, dass es knapp ausgestattet ist für deutsche Lebenshaltungskosten und manche Stipendien erlauben nicht, dass man zusätzlich einer Arbeit nachgeht. Wer zusätzlich Geld verdienen muss hat das Problem, dass ihm weniger Zeit für das Studium bleibt. Für diese Gruppe werden Studiengebühren eine weitere Hürde werden und den meisten den Zugang zu einem Studium unmöglich machen.

3) Die Fakten in Baden-Württemberg

Das Gesetz zur Einführung der Studiengebühren für internationale Studierende aus Nicht-EU-Staaten wurde vom Landtag am 5. Mai 2017 beschlossen. Die Bewerber*innenquoten sind seither deutlich zurückgegangen bzw. Zusagen für einen Studienplatz in Baden-Württemberg werden von den Bewerber*innen abgesagt, wobei international ausgerichtete Studiengänge besonders betroffen sind.

Einige der Studierenden können von den Gebühren befreit werden, Gründe können „ein gefestigter Inlandsbezug, (wahrscheinliches) Recht auf Asyl oder eine Behinderung sein. Zudem dürfen die Hochschulen maximal 5% eines Jahrgangs befreien aufgrund von Begabung und sozialen Kriterien. Wie viele Studierende dann noch übrig bleiben, die letztendlich die Studiengebühr zahlen müssen, kann man noch nicht genau berechnen, aufgrund der derzeit verfügbaren Daten ist aber von einer großen Zahl auszugehen.

Die Gesetzesvorlage wird in jedem Fall den Effekt haben, dass wirtschaftliche und politische Eliten weiterhin eine Chance auf ein Studium in Baden-Württemberg erhalten, Studierende aus wirtschaftlich schwachen Ländern und Familien, die bisher ihre Chance in Deutschland wahrgenommen haben, werden jedoch aussortiert.

Die Ausgestaltung des Gesetzes und die verwaltungstechnische Abwicklung sind weiterhin nicht umfassend geregelt. Nur 300 € der Studiengebühren/Semester fließen an die Hochschulen, die restlichen Mittel werden zur Sanierung des Landeshaushalts verwendet.

4) Die Lage in NRW

Die neu gewählte Landesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag³ zur Nachahmung des Baden-Württemberg-Modells entschlossen (S. 19). Derzeit besteht vermutlich noch größerer Handlungsspielraum für Kritiker*innen, da so kurz nach den Wahlen noch keine von langer Hand geplanten Maßnahmen erfolgen konnten. Was den Hochschulen die Studiengebühren schmackhaft erscheinen lassen könnte, ist der Fakt, dass bislang geplant ist, die gesamten Studiengebühren an die Hochschulen und nicht einen Großteil für den allgemeinen Landeshaushalt abzuführen.

³ https://www.cdu-nrw.de/sites/default/files/media/docs/vertrag_nrw-koalition_2017.pdf

Wie auch immer sich die Situation in Nordrhein-Westfalen entwickeln sollte, es ist damit zu rechnen, dass weitere Bundesländer nachziehen. Deshalb werden im Folgenden prinzipiell gültige Argumente gegen die Studiengebühren aus entwicklungspolitischer und Diversity-Perspektive aufgeführt.

5) Entwicklungspolitische und Diversity-Argumente

- In Baden-Württemberg kommen knapp zwei Drittel der Nicht-EU-Studierenden kommen aus sogenannten Entwicklungsländern (http://www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Statistische_Berichte/323416001.pdf).

Die Studierenden kommen in der Regel zwar nicht aus den ärmsten Familien, aber 3.000 Euro pro Jahr zusätzlich aufzubringen, ist ein nicht zu stemmender Mehraufwand für den Großteil unter ihnen. Dadurch werden Geldeliten, nicht Bildungseliten in den Herkunftsländern gefördert. Die Studierenden können solche Summen während des Studiums kaum selbst erwirtschaften, da sie einerseits nur 120 Tage im Jahr arbeiten dürfen und andererseits auch Zeit für das Studium bleiben muss.

- Die Studierenden aus den sogenannten Entwicklungsländern sind wichtige Multiplikator*innen und Referent*innen für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit. In verschiedenen Vereinen und Initiativen sind sie im Bereich Globales Lernen, Fluchtursachenaufklärung sowie als wichtige Informationsträger*innen im Bereich Migration und Entwicklung aktiv. Da dieser Beitrag in den allermeisten Fällen ehrenamtlich neben dem Studium stattfindet, würden die Studiengebühren dazu führen, dass durch vermehrten Erwerbszwang das ehrenamtliche Engagement wegfielen.
- Ein breitgefächertes internationaler Austausch verliert dadurch an Substanz, dass die Gesamtzahl und die Zusammensetzung der internationalen Studierenden sich stark ändern werden.
- Studiengebühren stehen im Widerspruch zu den Zielen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die sich explizit an der Agenda 2030 orientiert. Unter Ziel 17.2 (S.40) wird dort unter dem Ziel "Wissenstransfer insbesondere im technischen Bereich" folgender Indikator aufgeführt: "Anzahl der Studierenden und Forscherinnen / Forscher aus Entwicklungsländern sowie aus LDCs pro Jahr (Semester); mit dem Ziel, diese um 10% jährlich zu steigern bis 2020⁴."

4

https://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/Bestellservice/Deutsche_Nachhaltigkeitsstrategie_Neuaufgabe_2016.pdf?__blob=publicationFile&v=18

- Ein ernsthafter Ansatz von Diversity an den Hochschulen wird durch selektive Studiengebühren konterkariert. Der zu erwartende Verlust an Perspektivenvielfalt ist aus Diversity-Sicht höchst problematisch. Die ökonomische und soziale Heterogenität der Herkunftsländer fände keinen angemessenen Widerhall mehr in der Hochschullandschaft. Dies hätte Auswirkungen auf fachliches Wissen, soziokulturelle Kompetenzen sowie die institutionelle Öffnung.
- Als zukünftige Fach- und Führungskräfte haben die Studierenden aus dem globalen Süden ein immenses Potenzial, in ihren Herkunftsländern positive entwicklungspolitische Veränderungen anzustoßen. Sie tragen in ihren Heimatländern durch Schlüsselfunktionen bspw. in der öffentlichen Verwaltung, oder in Ausbildungseinrichtungen maßgeblich zur Lösung nationaler Probleme bei. Hochschulen in Deutschland wiederum leisten einen Beitrag zu Entwicklungszusammenarbeit und Armutsbekämpfung, indem sie Studierende aus diesen Ländern ausbilden.
- Auch einem weltoffenen entwicklungspolitischen Diskurs sowie einer weltoffenen Gesamtgesellschaft laufen Studiengebühren zuwider. Gerade angesichts zunehmender diskriminierender Hetze gegen Menschen nichteuropäischer Herkunft fordern wir Landesregierungen und Hochschulen dazu auf, die Herausforderungen in den Bereichen Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt ernst zu nehmen. Für glaubwürdige Beiträge aus Politik und Wissenschaft sollte Internationalisierung auf studentischer Ebene gefördert, nicht gehemmt werden.

6) Die gängigsten Vorurteile und deren Gegenargumente aufgrund der Erfahrungen in Baden-Württemberg

<p>Der Anteil der Bildungsausländer*innen stieg in den letzten 20 Jahren um 300%⁵</p>	<p>Die Zahl ist irreführend, da sie nicht den Anteil der Bildungsausländer*innen (die außerhalb Deutschlands ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben) an der Zahl der Gesamtstudierenden berücksichtigt. Dieser Anteil ist in Baden-Württemberg sogar gesunken von 11,7% 2005 auf 9,5% 2015 im Schnitt der Hochschulen.⁶</p>
<p>Die Studiengebühren in anderen Ländern sind viel höher. In China z.B. bis zu 8000 € pro Jahr, in Indien bis zu 10.000 €⁷</p>	<p>Die höheren Studiengebühren fallen insgesamt vor allem in Staaten des globalen Nordens an. Aus den Ländern mit den hohen Studiengebühren wie etwa den USA kommt nur ein Bruchteil der ausländischen Studierenden (3,9%). Die Uni Hohenheim hat bei ihren chinesischen Kooperationspartnern nachgefragt. Demnach fordert die Chinese Agricultural University 1060,- €/Jahr an Studiengebühren. Auch im Beteiligungsportal Baden-Württemberg⁸ gab es Kommentare, die deutlich niedrigere Zahlen für China veranschlagen. Indien, das als zweites Beispiel für hohe Studiengebühren eines sogenannten Entwicklungslandes angeführt wird, hat demnach für die meisten Studiengänge nur nominelle Studiengebühren mit Ausnahme für medizinische und technische Studiengänge⁹.</p>
<p>Oft gehört: „Die sind alle reich, die hierher kommen....“</p>	<p>Diese Behauptung bezieht sich insbesondere auf die hier Studierenden aus China, deren Anteil an den internationalen Studierenden ca. 20% beträgt. Daten zur familiären Situation von Studierenden nach Nationalität scheinen nirgends erhoben zu werden. Die Sozialerhebung zu ausländischen Studierenden des Deutschen Studentenwerks (S. 25) zeigt, dass etwa die Hälfte der ausländischen Studierenden keine Unterstützung durch ihre Familien erhält und zwei Drittel der Studierenden aus einkommensschwachen Ländern ihren Lebensunterhalt durch Arbeit neben dem Studium verdienen müssen.¹⁰ Darüber hinaus ist China laut OECD weiterhin ein sogenanntes Entwicklungsland, in dem laut einer Studie von Zhang et al. (S. 420) weiterhin über 170 Mio. Menschen von weniger als 1,25 US\$/Tag leben müssen, was 12,6% der Gesamtbevölkerung entspricht¹¹.</p>

⁵ Alexander Salomon, MdL GRÜNE, Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses in einem Brief vom 14. März 2017 an den Internationalen Ausschuss des Stuttgarter Gemeinderats.

⁶ http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/1000/16_1097_D.pdf

⁷ <https://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/hochschulen-studium/studienfinanzierung/gebuehren-fuer-internationale-studierende-und-zweitstudium/>

⁸ <https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/komentieren/lp-16/studiengebuehren-fuer-internationale-studierende-und-das-zweitstudium/>

⁹ Dank geht an Prof. Dr. Regina Birner, Universität Hohenheim, die uns mit diesen Informationen versorgte.

¹⁰ https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/51_soz20_auslaenderbericht.pdf

¹¹

https://www.researchgate.net/publication/262922480_Are_Poverty_Rates_Underestimated_in_China_New_Evidence_from_Four_Recent_Surveys

Über die agl

Die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) ist der bundesweite Dachverband der 16 Eine Welt- Landesnetzwerke. Die agl unterstützt ihre Mitglieder in deren Engagement für eine zukunftsorientierte globale Entwicklung, die auf den Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit, Demokratie und Partizipation beruht. Auf Landesebene haben sich Eine Welt-Gruppen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen zu Eine Welt-Landesnetzwerken zusammengeschlossen. Die entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit der Eine Welt-Landesnetzwerke leistet einen entscheidenden Beitrag zur Gestaltung einer zukunftsfähigen, sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung. Durch ihre Arbeit tragen sie dazu bei, in der Bevölkerung ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu fördern. Gemeinsame Ziele der Arbeit von agl und Eine Welt-Landesnetzwerken sind die Professionalisierung und der Ausbau der Arbeit lokaler Eine Welt-Gruppen. Die agl erreicht über ihre Mitgliedsverbände bundesweit rund 10.000 entwicklungspolitische Gruppen und Vereine. Die agl ist Mitglied im Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe e.V. (VENRO).

